Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 275 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 25. November 1933

Umschaltung.

Konferenzdämmerung — Europas Kernproblem. „Ich will Besseres leisten!"

Am Ende ihres Lateins, — das haben zum zweitenmal in diesem Jahre die „führenden" Staatsmänner nicht nur sich selbst eingestanden, sondern mußten es auch — „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe" — der ganzen Welt, den Völkern gegenüber zugeben. Erst zersplitterte in London die Weltwirtschaftskonferenz, nachdem ihr Präsident, Macdonald, vergeblich versucht hatte, dieses liebste Kind seines Glaubens und seines Hoffens zu retten; die vor einiger Zeit veranstalteten Wiederbelebungsversuche wurden zweckmäßigerweise rasch wieder aufgegeben und selbst die letzten Reste aus jener Zeit, der Zollwaffenstillstand, wurde teils offiziell, teils mit einer lässigen Handbewegung einfach beiseitegeschoben. Jetzt ist es mit der Genfer Abrüstungskonferenz ähnlich, wenn auch in etwas formellerer Art, geschehen und es ist eine fast amüsante „Duplizität der Ereignisse" daß auch hier ein Engländer am Präsidium saß und sich trotz heißester Bemühungen nicht anders zu helfen weiß, als daß er diese vielvertagte Konferenz wieder einmal vertagte. Es besteht eben „keine Meinung" für Weltkonferenzen in Wirtschaft oder Politik, und hinterher, wenn eine solche Konferenz ihrem gewohnten Schicksal, auseinanderzuplatzen, wieder einmal anheimgefallen war, dann sagte man sich gegenseitig voller Vorwurf, sie sei „schlecht vorbereitet" gewesen. Eigentlich könnten die Staatsmänner von heute und gestern es doch auf Grund langjähriger Erfahrungen gelernt haben, eine solche Konferenz richtig vorzubereiten, — aber hat denn eine derartige Massenzusammenkunft wohlvorbereitetster Art, kann sie überhaupt einen andern Zweck haben, als den, einen Schlußpunkt mit größerer oder geringerer Feierlichkeit hinter das zu setzen, was vorher von den wirklich maßgebenden Mächten vereinbart ist. Und die bittere Notwendigkeit, die schönen Gestade des Genfers Sees verlassen zu müssen, wäre den „führenden" Staatsmännern vielleicht erspart geblieben, wenn sie nicht in der Zeit vor dem 14. Oktober in Paris die Köpfe zusammengesteckt und — man verzeihe das drastische Bild — das Ei des „abgeänderten „Macdonald-Planes gelegt hätten, das alsbald durch Deutschlands Austritt zerschlagen wurde und dann in kurzer Zeit einen so wenig angenehmen Geruch verbreitete, daß nichts anderes übrig blieb, als die Konferenz zu vertagen und die Koffer zu packen. Und um damit, unfreiwillig genug, auch noch zu unterschreiben, daß Deutschlands Kanzler recht hatte, als er sagte, man werde in Genf keinen Schritt weiterkommen, wenn man nicht mit dem bisherigen System des Mißtrauens Schluß machen würde!

*

„Ich hab's gewagt", hat Adolf Hitler so oft vor dem 12. November gesagt, als er um die Seele, das Verständnis des deutschen Volkes für seine Politik gerungen hat. „Ich hab's gewagt", wie einst der stolze Spruch Ulrich von Huttens gewesen ist. Durchaus nicht immer „steht Gott auf der Seite der stärksten Bataillone", sondern auch dem Mutigen lächelt das Glück zu, wenn er die ganze Kraft seines Wollens in den feindlichen Heerhaufen hineinwirft wie eine Fahne und nun ein ganzes Volk eine rücksichtslos-verzweifelte Kraftanstrengung machen muß, um mit dieser Fahne seine Ehre herauszuhauen. Das ist geschehen, ist errungen, ist erreicht. Vor dem friedlich-starken Druck der 40 Millionen zerbröckelte die angeblich vorhandene „Einheitsfront" der Alliierten, von der übrigens ihrem Führer, dem französischen Außenminister Paul-Boncour, schon vorher aus dem Munde seiner eigenen Presse gesagt worden war, diese Einheitsfront „bestehe nur in seiner Einbildung". Von solchen „Einbildungen" muß er sich jetzt aber hinüberwenden zu den Tatsächlichkeiten der politischen Gegenwart, — und die dabei ganz im Vordergrund stehende Tatsache, die allerdings auch zugleich eine Frage bleibt, war und ist eben die der deutsch-französischen Beziehungen. Sie ist eben das Problem Europas. Auf Konferenzen in Genf und sonstwo dieses Kernstück der Nachkriegspolitik anzupacken war nicht möglich und was etwa in persönlichen Besprechungen aufgebaut wurde, ist bestimmt jedesmal durch die darauf folgende Konferenz zerstört worden. „Wenn Frankreich seine Sicherheit in einem Abkommen mit Deutschland finden will, bin ich bereit, alles anzuhören, alles zu begreifen, alles zu unternehmen", sagte Adolf Hitler in seinem Interview namens des ganzen deutschen Volkes. Soll er, kann er denn überhaupt noch deutlicher werden!

*

Er hat da noch — nicht zum erstenmal — ein anderes Wort gesprochen, aus dessem Grunde auch wieder der Wille zum Frieden heraufquillt: „Ich habe vor mir eine lange innenpolitische Aufgabe; ich will dem deutschen Volke die Lebensfreude wiedergeben: wir bekämpfen das Elend!" Und Hitler wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland stark zurückgedrängt sei, aber „ich will Besseres leisten!" Und man kann sich des bitteren Gefühles nicht verwehren — wir nicht und auch die andern Völker nicht, die aus ähnlich tiefem Elend sich herausarbeiten wollen —, so manche oder recht viele der „führenden" Staatsmänner seien bar jeder Empfindung dafür, daß die sorgsame Pflege der politischen Spannungen dem verzweifelten Ringen, aus diesem Elend herauszukommen, immer wieder mit größtem „Erfolg" entgegenwirkt. Auf den Konferenzen redet man aneinander vorbei und um den Kern herum, — und nennt das Diplomatie! Man kann auch ein anderes Wort dafür wählen. Und mögen diese Diplomaten es verstehen oder nicht, — allmählich wird auch die Welt es empfinden, daß Hitler, Deutschlands Führer und Volkskanzler, ganz „undiplomatisch" nichts anderes tat als wieder einmal die Wahrheit zu sagen! Es ist Zeit, daß man sich drüben nicht mehr wie früher erschrocken die Ohren zuhält, wenn das Volk ruft, das von Hitler geführt wird und „ihm die Kraft gibt".

Dr. Pr.

England begrüßt Hitlers Friedensworte

London empfiehlt Paris direkte Abrüstungsverhandlungen mit Deutschland.

Im Englischen Unterhaus gab Außenminister Sir John Simon eine bedeutsame Erklärung ab. Er teilte mit, die englische Regierung habe den französischen Vertreter in London darauf hingewiesen, daß direkte deutsch-französische Abrüstungsverhandlungen äußerst wünschenswert seien. Ein solches Unterfangen würde die volle Sympathie Englands finden. Er, Simon, habe ferner der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die englische Regierung den Erklärungen, die Hitler und andere deutsche Vertreter letzthin abgegeben hätten, die größte Aufmerksamkeit widme.

„Den Nagel auf den Kopf getroffen."

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betonte Simon weiter, daß England die Zusicherungen Hitlers, daß Deutschlands alleiniger Wunsch der Friede sei und daß Deutschland keine Angriffsabsichten habe, begrüße. Deutschlands Austritt aus der Abrüstungskonferenz könne den Beschluß der englischen Regierung nicht abändern, alles zu tun, um Deutschland wieder zu einem Partner bei den freundschaftlichen Erörterungen über die Abrüstungsfrage zu machen. Hierbei müsse besonders beachtet werden, daß in den letzten Wochen eine Reihe von Anregungen von Deutschland gemacht worden seien. Noch ehe die deutschen Wahlen vorüber waren, habe Hitler eine Erklärung an die ganze Welt in diesem Sinne abgegeben. Außerdem habe Hitler nach Beendigung der deutschen Wahlen eine Erklärung abgegeben, die den Nagel noch viel mehr auf den Kopf treffe. Eine französische Zeitung habe nunmehr ein äußerst bemerkenswertes Interview Hitlers veröffentlicht, das eine äußerst sorgfältige Nachprüfung durch alle die erfordere, die den Frieden und den Ausgleich erstrebten.

„Deutschland darf nicht das Ziel eines Diktates sein!"

Die englische Regierung wünsche nicht, daß in den Abrüstungsverhandlungen eine Unterbrechung eintrete. Das würde ein schwerer Schlag für das Werk der Abrüstung sein. Aber Abrüstungsverhandlungen ohne Deutschland seien zwecklos. Man könne kein Abkommen treffen und es nachher Deutschland zur Annahme oder Ablehnung vorlegen. Deutschland darf nicht das Ziel eines Diktates sein, sondern muß als Partner bei den Verhandlungen mitwirken!

Wir sind der Ansicht, so sagte Simon dann, daß Deutschland „noch seinen Beitrag" (?!) zu machen hat, um eine allgemeine Abrüstung in der Praxis zu ermöglichen. Wir hoffen, daß das Ergebnis des diplomatischen Meinungsaustausches, der jetzt in Form zweiseitiger Besprechungen während der Zeit der Vertagung der Abrüstungskonferenz stattfinden soll, es möglich machen wird, die abgegebenen Versicherungen in eine greifbare Form zu übersetzen, so daß diese für den Wiederaufbau der internationalen Sicherheit, die eine unerläßliche Bedingung der Abrüstung ist, beitragen werde. Wir werden unseren ganzen Einfluß einsetzen, um wieder einen Geist der Verhandlungen und der gemeinsamen Arbeit zustande zu bringen, anstatt Deutschland abseits zu halten.

Die Deutschen seien der Ansicht, daß sie in der Vergangenheit anders als andere Völker behandelt worden seien. „Wir werden niemals irgend etwas erreichen", so sagte Sir John Simon, „wenn wir uns nicht die Mühe geben, uns in die Lage Deutschlands zu versetzen".

Simon sagte dann weiter, daß er bei dieser Gelegenheit einen äußerst wertvollen Beitrag Italiens zu einer Einigung anerkennen wolle.

Seitens des Leiters der italienischen Regierung seien einige sehr deutlich abgefaßte Erklärungen abgegeben worden. Italien habe nicht die Absicht, den Präsidenten der Abrüstungskonferenz aus dem Sattel zu heben, und wolle auch nicht verhindern, daß die Arbeit der Abrüstungskonferenz fortgesetzt werde. Aber sie sei der Ansicht, daß

jetzt baldmöglichst ein nützlicher Weg

gefunden werden solle, um die Aussichten auf eine dienliche Abmachung zu fördern. — In gleicher Weise habe der Vertreter Frankreichs in Genf davon Abstand genommen, eine starre Haltung einzunehmen. Bedauerlicherweise sei die französische Regierung jetzt gestürzt worden.

Die Simon-Rede in deutscher Beurteilung

Der große Erfolg der Kanzler-Erklärung.

Zu der Rede des englischen Außenministers Simon wird aus Berliner politischen Kreisen mitgeteilt: Die Ausführungen Simons zeigen mehr Verständnis für den deutschen Standpunkt als früher. Es kann festgestellt werden, daß England seine bisherige erfolglose Vermittlertätigkeit aufgegeben hat und Frankreich auf den Weg direkter Verhandlungen mit Deutschland verweist. Daß Simon seine Auffassungen geändert hat, muß man wohl als ein Ergebnis der Erklärung des Reichskanzlers ansehen, der gesagt hat, daß Deutschland bereit wäre, Vorschläge, die Frankreich zu machen habe, zu prüfen. Die von Simon vorgeschlagenen diplomatischen Verhandlungen werden auch von Deutschland als der gegebene Weg angesehen, um weiterzukommen. Ohne solche vorhergehenden diplomatischen Verhandlungen hat eine Zusammenkunft der Mächte keinen Zweck.

Im Anschluß an die Rede des englischen Außenministers ist in London die Frage aufgeworfen worden, was die englische Regierung im Sinne hat, wenn sie jetzt wieder, wie vom Außenminister erwähnt wurde, Deutschland nahelegt, seinen „Beitrag" zu liefern, um eine wirkliche Abrüstung in der Praxis möglich zu machen.

Nachfragen bei den zuständigen Stellen in London haben ergeben, daß offensichtlich die englische Regierung sich noch keine endgültige Meinung darüber gebildet hat, welcher Art dieser „Beitrag" sein solle, nachdem, wie anerkannt wird, Deutschland eine Reihe von praktischen Zugeständnissen und Beweisen für seine Bereitwilligkeit zur friedlichen Regelung der deutsch-polnischen und deutsch-französischen Beziehungen erbracht hat. Anscheinend schwebt Macdonald und Sir John Simon vor, daß Deutschland sich bei bevorstehenden Verhandlungen nicht nur auf eine Entgegennahme von Vorschlägen der anderen beschränken und diese mit ja oder mit nein beantworten solle, sondern daß es auch im Sinne einer positiven Zusammenarbeit von sich aus „konstruktive Abrüstungsvorschläge" hervorbringen solle, um an der Wiederankurbelung der völlig festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen praktisch mitzuwirken.

Auch Belgien für direkte Aussprache?

Brüssel, 24. November. In Belgien erheben sich beachtenswerte Stimmen für eine unmittelbare Aussprache mit Deutschland mit dem Ziel einer klaren und einfachen Verständigung, wie sie der Reichskanzler Frankreich vorschlägt. Das angesehene Mitglied der liberalen Partei Henry van Leynseele weist in einem Artikel der Derniere Heure auf die unerwartete Annäherung zwischen Deutschland und Polen hin. Diese Annäherung sei der Beweis, daß es künftighin vergeblich sei, den europäischen Frieden bei einem Bund der Siegervölker von 1918 zu suchen. Diese Feststellung müsse ganz natürlich dazu führen, mit Hitler zu verhandeln. Nebenbei bemerkt, schreibt van Leynseele, habe die Haltung Polens Frankreich von einer schweren Belastung befreit und seine Bewegungsfreiheit gesteigert. Von dem Augenblick an, da Polen es für richtig hielt, seine Geschicke ohne den Beistand Frankreichs zu bestimmen, habe Paris das Recht wie die Pflicht, mit dieser neuen Lage zu rechnen. Was die Unterredung mit de Brinon angehe, so müsse man zugeben, daß Hitler eine logische Rechtfertigung seiner Haltung gegeben habe. Er habe nicht gezögert, zu sagen, er brauche den internationalen Frieden, um sein Werk in Deutschland selbst zum guten Ende führen zu können. Die Welt habe Ruhe nötig. Der bewaffnete Friede scheine als die hoffnungsloseste aller Utopien. Die Verhandlungen mit Berlin, schließt van Leynseele, könnten die hauptsächlichsten Gefahrenpunkte, die in Europa beständen, unterdrücken.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF